

Nur Vermieter sollen zahlen

Zu: „Wer zahlt fürs CO₂?“, FR-Wirtschaft vom 7. Januar

Im Artikel stellen Sie die Forderung der SPD zur kompletten Übernahme dieser Kosten durch die Hauseigentümer vor. Verantwortungsbewusste Inhaber von Immobilien haben bereits vor mehr als zehn Jahren angefangen, die älteren Immobilien energetisch zu sanieren und bei Neubauten darauf zu geachtet, dass die neuesten Erkenntnisse zum Energieverbrauch angewandt werden. Möchte man dem Geist der sozialen Marktwirtschaft folgen, darf man Kosten jetzt nicht denen zur Last legen, die an der Situation nichts ändern können. Die Übernahme der Kosten für die CO₂-Emissionen, die sowieso schon viel zu niedrig ausgefallen sind, müssen also von den Gebäudeinhabern zu 100 Prozent getragen werden.

Lutz-Hendrik Groot Bramel, Kelkheim

Mieter sollen die Erhöhung komplett übernehmen

Sollen Vermieter die CO₂-Umlage allein übernehmen? Meine Antwort darauf: ein klares Nein. Ich sage das als Vermieterin von wenigen Wohnungen. Ich achte darauf, dass die Wohnungen in Ordnung sind. In einer mittelgroßen Eigentümergemeinschaft mit Zentralheizung und zentraler Warmwasserversorgung habe ich als einzelne Vermieterin nicht viel Einfluss auf Modernisierungsmaßnahmen. Trotzdem ist es mir gelungen, darauf hinzuwirken, dass in einem Objekt die Warmwasserversorgung mit einer Brauchwassersolaranlage unterstützt wird. In meinem häuslichen Umfeld habe ich nur über mein Verbraucherverhalten die Möglichkeit, durch weniger Heizen die Preiserhöhungen durch die CO₂-Abgabe vielleicht etwas aufzufangen. Diese Möglichkeit besteht auch immer für Mieter, die eine dezentrale Wärmeversorgung nutzen. Zu bedenken ist auch, dass bei Nichtweitergabe der CO₂-Abgabe an die Mieter besonders die großen Wohnungsgebergesellschaften erhöhte Betriebsausgaben haben, die zu verminderter Körperschaftsteuer führen. Dem kleinen Vermieter fehlt aber der Beitrag zum Beispiel zur Altersversorgung. Zu einem verantwortlichen Leben als Mieter gehört meines Erachtens auch, sich der gesellschaftlichen Aufgabe zu stellen und die CO₂-Abgabe in voller Höhe zu übernehmen.

Elisabeth Baumann, Essen

Falsche Polizisten

Zu: „Immer dasselbe Muster“, FR-Panorama vom 9. Januar

Da stehen in München zwei Trickbetrüger vor Gericht. Ja, warum in aller Welt? Sie sollen sich als falsche Polizeibeamte ausgegeben haben. Das sind doch offenbar ehrliche Jungs. Die Berufsangabe war jedenfalls korrekt.

Günter Legler, Frankfurt

So kann man mit den Menschen nicht umgehen

Impfstart: „Erst mal ausreichend Impfstoff herstellen“ und „Miese Organisation“, FR-Politik und -Regionales vom 9. Januar

Weite, anstrengende Wege für Hochbetagte

Es ist eine Zumutung, dass über 80-Jährige für ihre Impfung zwei Mal die Mühen, Kosten und insbesondere das Risiko (ÖPNV, Taxi, Fahrdienste möglicherweise in größeren Gruppen) einer Anfahrt in das regionale Impfzentrum der nächsten Großstadt auf sich nehmen sollen, während gleichzeitig die Eröffnung der lokalen Impfzentren – vorgesehen „bei hinreichender und stetiger Zufuhr von Impfstoff“ – komplett unkalkulierbar ist. Und was passiert, wenn die Nachfrage der ersten Priorisierungsgruppe in den regionalen Impfzentren ausklingt, aber die Impfstoffzufuhr immer noch nicht ausreicht, um die anderen Impfzentren zu eröffnen? Kommen dann die in den Großstädten lebenden und die reisebereiten Angehörigen der zweiten Priorisierungsgruppe zum Zuge – und die Hochbetagten, denen der Weg zu weit ist, müssen weiter ausharren?

Um allen eine Perspektive zu geben, sollten die Impfzentren gestaffelt betrieben werden: Erstimpfungen zunächst zwei Wochen in den sechs regionalen Zentren, dann zwei Wochen lang in sechs anderen, dann wieder in sechs anderen bzw. natürlich nach Möglichkeit, bei entsprechender Impfstoffverfügbarkeit, in immer mehr Zentren gleichzeitig. Die Zweitimpfungen, für die der Impfstoff ja ohnehin zurückgehalten wird, könnten natürlich mit drei bis vier Wochen Versatz in den jeweils zuvor geöffneten Zentren stattfinden.

Meike Beier, Heusenstamm

Lokale Impfzentren schnell in Betrieb nehmen

Mit hoher Geschwindigkeit wurde in Hanau fristgerecht das Corona-Impfzentrum in der August-Schärttner-Halle errichtet und wird nun nicht genutzt. Das ist für unsere über 80-jährigen Bürgerinnen und Bürger sehr ärgerlich, denn nun müssen sich alle „mobilen“ Impfberechtigten nach Frankfurt in die Festhalle begeben, um die lebensrettende



Der Piekus ist allgegenwärtig in den Medien. Hier noch mal bei einer 101-Jährigen in Halberstadt. DPA

Impfung zu erhalten. Die Hürden für die Impfung sind von der Landesregierung außerordentlich hoch gelegt worden, ich meine sogar: zu hoch! Der Main-Kinzig-Kreis ist der größte Landkreis in Hessen und geht quasi leer aus. Die Fast-Großstadt Hanau mit mehr als 97 000 Einwohnern und einem voll eingerichteten Impfzentrum wird nicht berücksichtigt. Eine echte Fehlentscheidung der Landesregierung!

Die Festhalle in Frankfurt ist über ÖPNV, Individualverkehr oder Taxi zu erreichen. Der Hin- und Rückweg ist ziemlich zeitaufwendig, und in jedem Fall sind die Ansteckungsgefahren ausgesprochen hoch. Ältere Bürger fühlen sich häufig unsicher in Frankfurt. Das ist eine echte Zumutung, die sie nicht verdient haben. Sehr lobend kann man Oberbürgermeister Kaminsky hervorheben, der einen Bring- und Holdienst für die Hochbetagten organisieren will. Aber dieses Vorhaben muss zusätzlich logistisch und finanziell geleistet werden. Überhaupt kann ein schneller und gut organisierter Impfbeginn hier in Hanau (sowie in Gelnhausen) die Menschen besser mitnehmen, Fragen können geklärt werden, die Menschen fühlen sich aufgehoben, man ist nah an den Bürgern dieser Altersgruppe.

Mit ganz großem Grauen sehe ich den bürokratischen zusätzlichen Aufwand, den gesamten Datenfluss fehlerfrei zu organisieren: erste Impftermine, zweite Impftermine, Impfstofftypen, Terminabsagen und -verschiebungen, alles in digitaler und/oder analoger Form.

Richtig ungerecht ist das System gerade bei der Findung der Impftermine; wer fit im Internet ist oder kundige Kinder oder Enkel hat, kann sich glücklich schätzen, da wird es klappen, aber bei älteren alleinstehenden Personen mit keinen Internetkenntnissen, ohne familiäre Unterstützung wird es schwerlich klappen. Stundenlang in einer Warteschleife zu warten, da wird man am Sankt Nimmerleinstag wohl erst einen Impftermin erhalten. Wir haben gerade der Generation der über 80-Jährigen den Wiederaufbau unserer Gesellschaft nach dem Krieg zu verdanken. So kann mit den Menschen in der gefährlichen Pandemie nicht umgehen! Die Zeit drängt, die mutierte Virusvariante wird auch hier bei uns schneller nachweisbar sein, als wir es uns vorstellen können, deshalb sollten die lokalen Impfzentren in Hanau und Gelnhausen schnellstens in Betrieb genommen werden. Bernd Emmerich, Kahl a.M.

Auf dem Mutations- und Lockdown-Karussell

Also, die Geschichte von Corona geht in die Länge mit weiteren Lockdown-Maßnahmen. Das ist besorgniserregend. Bei Krankheiten ist „kurz“ immer besser als „lang“. Zum Beispiel: Eine Hauptursache von Antibiotika-Resistenz ist, dass wir über viele Jahre diese wichtigen Medikamente in der Massentierhaltung angewendet haben. Um Resistenzen zu vermeiden, sollte eine Antibiotika-Behandlung intensiv und möglichst kurz sein.

Viren mutieren. Das ist eine bekannte Tatsache. Je schneller eine Virenkrankheit „durch“ ist, desto weniger Gelegenheit hat der Virus zu mutieren. Bei Corona, mit Masken und Hygienemaßnahmen, ziehen wir die Krankheit „in die Länge“. Man sollte meinen, dass das schützt, aber meine Sorge ist, dass wir auf diese Weise auf ein „Mutations- und Lockdown-Karussell“ aufsteigen: Wir machen Lockdown, der Virus mutiert, Leute erkranken, wir machen mehr Lockdown und weitere Mutationen entstehen. Das in alle Ewigkeit? Diesen Punkt sollten wir mit den Epidemiologen aufgreifen. Alan Mitcham, Köln

Diskussion: frblog.de/impfstart

Die Sprache hat gewechselt, Kolonialherren gibt es weiter

Rüstungsexporte: Erwiderung auf „Geschäfte mit dem Tod“, FR-Forum vom 11. Januar

Dem generellen Bild Indonesiens und dem aus meiner Sicht unpassenden Verhalten der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung, wie sie im Leserbrief von Dietrich Weinbrenner dargestellt werden, pflichte ich im vollen Umfang bei. Ich möchte ein paar Gegebenheiten ergänzen, die sich während meiner Aufenthalte in Indonesien ergaben.

Während eines Arbeitseinsatzes in Westsumatra (frühe 1980er Jahre) beobachtete ich, dass einer meiner einheimischen Kollegen, ein Minangkabau, eine größere Schachtel mit arabischen Schriftzeichen ins Büro brachte. Er sagte, dass es sich um den Koran handele. Als ich hineinblickte

sah ich, dass alle Seiten mit demselben Text bedruckt waren. Auf Nachfrage räumte er ein, dass es sich um Flugblätter handelte. Ich bekam von ihm auch den Rat, bei eventuellen Unruhen im Projekt zu bleiben, denn dort wäre ich sicher, weil man mich kennen würde.

Als bei einem Projekt in Ost Borneo die Einheimischen für die Vermarktung ihrer Produkte sich weigerten, als Marketingorganisation eine Regierungsinstitution aus Jakarta zu akzeptieren, meinte der anwesende EU-Vertreter, ein Schotte, dass er dafür volles Verständnis habe, da auch sie in Schottland Probleme mit einer großen Stadt im Süden hätten, die alles nimmt, jedoch

nichts zurück gibt. Der einheimische Dolmetscher hat das nicht ins Indonesische übersetzt.

Während einer Pause in Banda Aceh saß ich mit einem US-Amerikaner vor dem Büro. Rechts und links von uns einheimische Kollegen aus Aceh und uns gegenüber drei Repräsentanten einer Regierungsinstitution, alle Javaner. Der US-Amerikaner fragte mich, da ich aus seiner Sicht einige indonesische Erfahrung hätte, auf Englisch, ob ich der Ansicht sei, dass die Javaner Rassisten wären. Ich antwortete auf Indonesisch: „Nein, das sind sie nicht. Sie wundern sich nur, wieso die Affen alle bekleidet sind und wer ihnen Motorräder gegeben habe.“ Von der Seite Acehs Applaus, von

der Seite Javas eisiges Schweigen, dass über die acht Monate, die ich noch dort arbeitete, aufrecht erhalten wurde.

Übrigens: Die Scharia wäre in Aceh auf Geheiß der damaligen Präsidentin Sukarnoputri eingeführt worden, sagte man mir dort. Das sollte die GAM (Rebellenbewegung für die Unabhängigkeit in Aceh) schwächen.

Ich habe immer wieder von Indonesiern gehört, dass sie die niederländischen Kolonialherren lediglich gegen die javanischen getauscht hätten. Nur das jetzt nicht mehr Niederländisch, sondern Bahasa Indonesia die Amtssprache sei. Die sei ihnen jedoch ebenso fremd. Paul R. Woods, Neumagen-Dhron